

Eskalation im Nahen Osten (I)

Israel blieb nur
die Flucht nach vorn

Von Gil Yaron, Tel Aviv

Es bleibt fraglich, ob der massive Schlag Israels gegen die Hamas die Lage verbessern wird. Seit acht Jahren feuern palästinensische Terroristen Granaten und Raketen auf israelische Wohnorte. Der größten Militärmacht des Nahen Ostens ist es bisher nicht gelungen, eine Antwort auf den Beschuss zu finden. Ein Abwehrsystem oder Schutzbauten würden Milliarden kosten, die Raketen der Hamas nur wenige Dollar pro Stück. Die Hamas könnte den Staat in den finanziellen Ruin schießen.

Die Antwort auf den Beschuss aus Gaza muss auf politischer Ebene gefunden werden. Israels erster Ansatz war die einseitige Räumung aller Siedlungen in Gaza vor zweieinhalb Jahren. Doch die Räumung wurde zum Triumphzug der Islamisten. Ähnlich wie die Hisbollah den einseitigen Rückzug Israels aus dem Libanon im Jahr 2000 als Schwäche auslegte, stellt die Hamas die Räumung Gazas als Flucht Israels dar. Es gibt weitere Parallelen: Genau so wie Überheblichkeit die Hisbollah 2006 dazu verleitet, Israel anzugreifen und den zweiten Libanon-Krieg zu provozieren, wurde die Hamas Opfer ihrer eigenen Propaganda. Sie beschoss Israel unaufhörlich und glaubte, dass Israel nicht zurückschlagen, sondern dass der jüdische Staat bei Islamisten zu Kreuze kriechen würde.

Dem israelischen Premier Olmert blieb nur die Flucht nach vorn. Zu oft wurden in der Vergangenheit Hiebe ausgetauscht, ohne eine Entscheidung herbeizuführen. Aus jedem Unentschieden ging die Hamas moralisch gestärkt hervor, schließlich hatte sie einen Kampf mit der Militärmacht Israel überlebt. Deswegen musste der Vergeltungsschlag jetzt hart ausfallen.

Dennoch: Israel darf sich nicht darauf beschränken, Krieg gegen die Extremisten zu führen – Israel muss sich vor allem um Frieden mit den Gemäßigten bemühen.

Eskalation im Nahen Osten (II)

Der Ruf nach den
USA – ein Ritual

Von Markus Günther (Washington)

STEIGENDE ENERGIEKOSTEN

„Der Stromkunde zahlt“

Die Grünen im Bundestag halten die angekündigten Preiserhöhungen im kommenden Jahr für ungerechtfertigt. Studie: Marktmacht der Konzerne treibt Gewinne und Kosten

Von Jürgen Polzin

Essen. Teurer Strom trotz gesunkener Rohstoffpreise? Die für das kommende Jahr angekündigten Preiserhöhungen der deutschen Energieversorger stoßen bei den Grünen im Bundestag auf Protest. Nach einer von ihnen in Auftrag gegebenen Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes liegt es vor allem an der Marktmacht der vier großen Stromkonzerne, dass die Gewinne und Strompreise in den vergangenen Jahren nur eine Richtung gekannt hätten: nach oben.

Laut Studie haben sich die Gewinne von Eon, RWE, EnBW und Vattenfall seit 2002 verdreifacht und den Energiekonzernen einen Gesamtgewinn von knapp 100 Milliarden Euro beschert.

„Es herrscht nach wie vor kein echter Wettbewerb bei der Stromerzeugung“

Auch nach dem Rekordjahr 2007 und trotz der Finanzkrise hätten die Unternehmen in den ersten drei Quartalen ihre Gewinne um durchschnittlich elf Prozent steigern können. 85 Prozent der Gewinne entfielen dabei auf die Stromriesen Eon und RWE.

Bezahlt hätten das vor allem die privaten Haushalte, folgert der Autor der Studie, Prof. Uwe Leprich: Seit 2000 habe sich für sie der Strompreis um rund 50 Prozent verteuert. Industriekunden müssten heute mehr als das Doppelte zahlen.

Millionen betroffen



Kostenspirale: Auch in 2009 sind Strompreiserhöhungen angekündigt.

Foto: ddp

„Doch nur weniger als die Hälfte des Anstiegs geht dabei auf Steuern oder Abgaben zurück“, so Leprich.

Nach Meinung der Saarbrücker Ökonomen ist diese Entwicklung vor allem auf die marktmächtige Stellung der vier großen Konzerne zurückzuführen. Deren Anteile bei der Stromerzeugung liegen deutlich über 80 Prozent, heißt es in der Untersuchung, die ein Moratorium für die vier Konzerne beim Bau neuer Kraftwerke in Deutschland empfiehlt. „Es herrscht nach wie vor kein echter Wettbewerb bei der Erzeugung von Strom. Deswegen können die Konzerne vielfach schalten und walten“, kommentiert Bärbel Höhn, stellvertretende Prakti-

schefin der Grünen, die Studie.

Dabei könnte Strom in Deutschland günstiger sein, behaupten die Grünen angesichts der Saarbrücker Recherchen, die sich auf die Jahresberichte der Energieversorger stützen. Neben den gesunkenen Rohstoffpreisen – vor allem für Kohle, die zur Stromerzeugung verfeuert wird – seien die in den letzten beiden Jahren um bis zu 29 Prozent gekürzten Netzentgelte nicht als Preissenkung an die Verbraucher weitergegeben worden. Gleiches gelte für die gefallen Börsenwerte der Emissionszertifikate, die bis 2007 kostenlos an die Energieversorger ausgeteilt und eingepreist wurden.

Dass Deutschlands größter Energieversorger Eon sich im Zuge der Finanzkrise kräftig verpekelt haben könnte, vermutet Co-Autor Prof. Andy Junker. Mit fünf Milliarden Euro seien im letzten Quartalsbericht die Verluste aus Währungskursdifferenzen sowie aus „derivativen Finanzinstrumenten“ beziffert worden, worunter laut Junker „alles jenseits der klassischen Finanzgeschäfte“ zu verstehen sei. Um 77 Prozent seien dadurch im Vergleich zum Vorjahr die Verluste gestiegen. Die Grünen-Politikerin Bärbel Höhn jedenfalls hat einen Verdacht: „Es ist nicht hinnehmbar, dass Spekulationsverluste auf die Verbraucher abgewälzt werden.“

DIE ANDEREN

Süddeutsche Zeitung
zu Israel

Israels Militäroperationen sind das Lebenselixier der 1947 gegründeten Hamas. Israels Armeeeinsätze liefern ihr die Existenzberechtigung. Die Gleichung ist ganz einfach: Gabe es Frieden und Wohlstand im Gaza-Streifen, gäbe es keine mächtige Hamas.

Neue Westfälische (Bielefeld)

Dass auf beiden Seiten nicht die Vernunft, sondern der Wahn regiert, hat sich am Wochenende gezeigt. Seit Jahrzehnten sind im israelisch-palästinensischen Konflikt nicht mehr so viele Menschen an einem einzigen Tag zu Tode gekommen wie an diesem Samstag. Richtig ist es, nun einen Waffenstillstand zu fordern.

Westdeutsche Zeitung (Düsseldorf)

zu Steinmeier

Zu allem Überflus fällt Steinmeier noch mit einer Initiative auf, mit der er sich als Talkshow-Moderator beworben könnte: Er bietet nach der Attacke des EKD-Ratsvorsitzenden Huber gegen Deutsche-Bank-Chef Ackermann eine Gesprächsrunde zwischen Bischöfen und Managern an.

UNSERE LESER

Zu „Deutsche Bank verärgert über Huber-Kritik“

Danke an Bischof Huber für das klare und angebrachte Wort! Klar, dass Herr Ackermann und Deutsche Bank getroffen sind. Diese hat aber die Möglichkeit, von solchen menschenverachtenden Profitzielen abzurücken – spätestens jetzt, wo dieses Fehlverhalten nach dem Zusammenbruch der Märkte immer klarer wurde.

Hans D. Weltermann, Essen

Zu „Amerikas oder unser Problem“

Warum sollen wir eigentlich immer den Dreck der Amerikaner wegräumen, nachdem sie in ihrer grenzenlosen Arroganz als Weltpolizei versagt haben? Die Häftlinge tun mir leid, aber die Verantwortung liegt bei den Amis, dazu kommt, dass wir genug eigene Probleme haben.

Lothar Blum, E-Mail

Mein Vorschlag zur Lösung des Problems der Guantanamo-Häftlinge: Man schule die verbliebenen Inhaftierten zu Cowboys um und schicke sie auf die Texas-Ranch von George W. Bush jun.!

Helmut Horten, E-Mail

GLOSSIERT

Entwicklungsstufen

Je nach Standpunkt mag man es bedauern – doch Kinder werden es so schnell groß.

Böse Überraschung im Frühjahr